

A stylized world map composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are highlighted in red, representing specific countries or regions. The map is centered behind the title.

Zehn Thesen zur Zukunft der Sozialdemokratie in Europa

POUL NYRUP RASMUSSEN

Oktober 2010

- Will man verhindern, dass Ideen im Ozean des Medienzynismus untergehen, muss man ihnen zuerst eine sichere Plattform bauen. Ohne einen stabilen Untergrund, der den Theorien die Zeit verschafft, in die Praxis zu reifen, werden gute Ideen, Ideen, mit denen die konventionelle Weisheit in Frage gestellt wird, wahrscheinlich untergehen, oder schlimmer noch, Teil eines zermürenden Presserummels werden. Dies gilt ganz besonders für fortschrittliche Ideen. Es ist keine übertriebene Behauptung, dass Meldungen von Solidarität, von Hoffnung oder einer kollektiven Lösung zu individuellen Problemen es heutzutage sehr schwer haben, sich über Wasser zu halten. Insbesondere in geballter, »synergierter« Form haben Medienveröffentlichungen wenig Zeit für derartige Konzepte des Miteinanders. Verkaufen lässt sich nur die Idee des Einzelnen. Wahlmöglichkeiten, Freiheit und ungehinderter Wettbewerb sind die Publikumsmagneten, oder aber grausige Horrorgeschichten, die im Sachdetail zwar sonderbar statistisch wirken, dann aber zu einer generellen Bedrohung aufgebauscht werden.
- Daher ist es unabdinglich, zuerst die Plattform zu bauen. Das trifft auch auf die Zukunft der Sozialdemokratie in Europa zu. Bevor wir überhaupt damit beginnen können, die Millionen von enttäuschten und politikverdrossenen Wähler zu überzeugen, müssen wir eine tragfähige Plattform schaffen, die uns die Gelegenheit gibt, unsere Botschaft in allen Einzelheiten zu vermitteln.
- Deshalb möchte ich mich in dieser Kurzdarstellung der zehn Thesen zur Zukunft der Sozialdemokratie in Europa zuerst darauf konzentrieren, wie wir am besten besagte Plattform bauen, und anschließend darauf, wie wir die sozialdemokratische Politik präsentieren können, von der wir glauben, dass sie den Weg in eine positive Zukunft weist.



Inhalt

1. Engagement	2
2. Führung – »unsere Werte leben«	2
3. Das Zentrum der politischen Schwerkraft definieren	3
4. Europa könnte so viel besser sein – Koordination statt Isolation	4
5. Für ein wieder funktionierendes Europa sorgen	4
6. Gleichstellung der Geschlechter	5
7. Grünes Wachstum	5
8. Die europäische Sozialdemokratie in einer globalisierten Welt	6
9. Konsolidierung der Finanzen	7
10. Die Plattform einrichten und Ideen wachsen lassen	7

1. Engagement

Was das Potential angeht, Menschen in ganz Europa zu vertreten und zu verbinden, ist keine andere politische Bewegung so gut positioniert wie die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), denn die Geschichte der Sozialdemokratie und des Sozialismus beruht genau auf dieser Idee der Massenpartizipation, auf größerer Transparenz und dem überzeugten Glauben an die Grundsätze der Demokratie.

Dennoch sollte diese Position niemals für selbstverständlich gehalten werden. Gegenwärtig stehen wir als repräsentativste politische Familie in Hinsicht auf unseren Status vor zwei großen Herausforderungen.

Zum einen ist da die bei den Menschen in Europa tief-sitzende Verstimmung in Bezug auf die repräsentative Politik im Allgemeinen zu nennen. Dieses Gefühl der Politikverdrossenheit hat mehr Auswirkungen auf die Linke als auf die Rechte. Je mehr Menschen keine Lust haben zu wählen oder in der Politik mitzuarbeiten, desto unrepräsentativer wird die Politik. Sozialisten und Sozialdemokraten können nicht darauf hoffen, bei Wahlen erfolgreich abzuschneiden, an denen sich nur die Hälfte oder weniger der Wahlberechtigten beteiligt. Bei Wahlen in jüngerer Zeit, bei denen eine größere Wende in Richtung progressiver Politik zu erkennen war, war auch ein markanter Anstieg an Stimmen von Erstwählern und Wiederwählern zu verzeichnen. In solchen Wahlen war auch die Wahlbeteiligung in der Regel wesentlich höher als in vorangegangenen Wahlen. Zu den wichtigen Beispielen gehören hier die US-Präsidentenwahlen von 2008 und die Parlamentswahlen in Großbritannien von 1997. Umgekehrt kam es zu größeren Rechtsrücken, wenn die Wahlbeteiligung drastisch zurückging. Dies war kürzlich der Fall in Ungarn (2010), den Wahlen zum Europaparlament von 2009 in Großbritannien und den Präsidentenwahlen in Frankreich von 2002, die hier das bekannteste Beispiel sind.

Zum zweiten verändert sich ständig die Art und Weise, wie wir unsere lokale Wählerschaft erreichen – ganz zu schweigen von der größeren Wählerschaft in den europäischen Mitgliedsstaaten. Die traditionellen Methoden der Mobilisierung und vor allem die Verbreitung von Informationen über politische Kampagnen unterliegen gerade einer radikalen Wandlung. Das signifikanteste Element dieser Veränderung ist die Kombination neuer Kommunikationsmittel, insbesondere der Kontaktporta-

le im Internet, und eine immer segmentiertere Zielgruppe. Zwar steht die traditionelle »geografische« Mobilisierung nach wie vor an erster Stelle, aber neue, »identitätsbasierende« Gemeinschaften sind heute in jeder politischen Kampagne von zentraler Bedeutung. Solche Gemeinschaften, die auf der Identifizierung mit einem Anliegen oder Profil beruhen, eröffnen den politischen Parteien die Möglichkeit zu einem vielschichtigen Ansatz. Jedoch hat diese Verlagerung auf eine Identitätspolitik auch zu einer Verschiebung bei der Vermittlung politischer Botschaften geführt. Sie ist nicht mehr nur eine Einbahnstraße. Stattdessen müssen die neuen »gut informierten« Wähler das Gefühl haben, wirklich in den Diskurs miteinbezogen zu sein. Dazu zählt natürlich, gleich zu Beginn des Prozesses gehört zu werden, nämlich wenn die Politik gerade erarbeitet wird.

Deshalb ist es der SPE ein Anliegen, unsere 20 000 Parteimitglieder zu einem integralen Bestandteil unserer europaweiten Bewegung zu machen. Wir haben erkannt, dass wir in jeder lokalen Gemeinde einen Vertreter brauchen, um unsere Wähler wieder miteinzubeziehen und unseren europäischen Idealen ein Gefühl der Dringlichkeit zu verleihen. In der Vorbereitung auf die Wahlen von 2014 zum Europaparlament werden wir sicherstellen, dass unsere Aktivisten eine hochmotivierte, bestens informierte Kraft werden, um die Wahlkampagne in die Leben der Menschen zu tragen.

Die Parteimitglieder sind für den Aufbau einer wahrhaft europäischen Partei von entscheidender Bedeutung. Wir werden ihnen mehr Möglichkeiten eröffnen, sich zu engagieren. Darauf ist auch unsere Entscheidung zurückzuführen, ihre Rolle in der SPE-Satzung anzuerkennen und eine »SPE-Aktivisteninitiative« ins Leben zu rufen, um einen wirklich europaweiten Aktivismus zu erreichen, der von den SPE-Organen auch wahrgenommen wird.

Zusätzlich wird die SPE im Rahmen ihrer Beratungen für eine progressive Gesellschaft eine Online-Gemeinschaft gründen, damit der ganze Kontinent an politischen Debatten teilnehmen und sich über Ideen für Kampagnen sowie allgemeine politische Anliegen austauschen kann.

2. Führung – »unsere Werte leben«

Die Schuld an der Distanz zwischen Volk und Politik wird häufig auf die sogenannte »Professionalisierung« geschoben. Dabei wird auf einen neuen Kader eigen-

nütziger politischer Funktionäre verwiesen, die ausschließlich an ihrer Karriere interessiert seien. Zum Glück scheint dies nicht viel mehr als ein müdes Klischee zu sein. Die Menschen haben überhaupt kein Problem mit der Professionalisierung im juristischen und natürlich noch weniger im medizinischen Bereich: Niemand beschwert sich darüber, dass Ärzte »Karrieremacher« sind, wenn sie sich ihrer Berufung verschrieben haben. Die Menschen sind froh, dass diese Mediziner über die erforderlichen Kenntnisse verfügen. Dasselbe sollte auch für Berufspolitiker gelten. Das Problem ist nicht, dass die Politik professioneller geworden ist, sondern dass sie mit größtenteils negativen Begriffen belegt wird. Der Medienbedarf an markigen Sprüchen und einfachen Lösungen ist unerschöpflich. Aber nur weil dieser Bedarf so endlos ist, heißt das noch lange nicht, dass er erfüllt werden sollte. Politische Führungspersonen sollten Enthusiasmus vermitteln. Und diese Art der Inspiration sollte aus der praktischen Arbeit und nicht aus der rhetorischen kommen.

Sozialdemokratische Spitzenpolitiker haben eine Verantwortung in Bezug auf ihren Lebenswandel. Ihre Privatsphäre sollte natürlich geschützt werden, aber wenn man für Werte eintritt, sollte man sie auch leben. Die Wähler sind Experten in der Unterscheidung zwischen echtem Engagement und leeren Worten. Welche Art von Botschaft wird vermittelt, wenn Politiker, die als Parteivorstand oder gar als Regierungschef wirkten, nach ihrem Abgang aus der repräsentativen Politik ihr Leben als Wirtschaftsberater und Unternehmensvorstände fortsetzen? Ist das etwa verboten? Nein. Aber ist es inspirierend? Sicherlich nicht.

Deshalb hat sich die SPE zu einer Vorgehensweise verpflichtet, mit der auf eindeutig demokratische Weise ein Spitzenkandidat für die Europawahlen gefunden werden soll. Einer politischen Plattform ein Gesicht zu geben ist in der heutigen Politik unerlässlich, insbesondere bei so schwierigen Wahlen wie denen zum Europaparlament. Um diesen Wahlen Bedeutung zu verleihen, müssen die Bürger wissen, dass ihre Stimme die Exekutive gestalten und die Politik verändern kann. Wir haben uns daher dazu entschlossen, zu den nächsten Europawahlen einen SPE-Kandidaten für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission aufzustellen. Von diesem Kandidaten wird erwartet, die Parteiaktivisten, aber vor allem auch mögliche Wähler zu inspirieren.

3. Das Zentrum der politischen Schwerkraft definieren

In ihren positivsten Momenten hat die Sozialdemokratie nicht nur die Agenda bestimmt, sondern auch öffentliche Standards neu definiert – das staatliche Gesundheitswesen, die staatliche Altersversorgung und vernünftige Arbeitszeiten sind da nur einige Beispiele. Was als bahnbrechende Initiative begann, wurde schnell zum Status quo. Es war das Ergebnis politischer Courage und Bereitschaft, den Standard zu identifizieren und zu definieren. In den letzten Jahren hat man sich allerdings zu sehr um die sogenannte »politische Mitte« gekümmert. Statt positiv zu definieren, was politisch akzeptabel ist, sind progressive Parteien der Versuchung erlegen, vorherzusagen, was der mythische »Wechselwähler« will. Bei so einer reaktiven Politik kommt nie etwas Gutes heraus. Es macht nur deutlich, dass einem die Courage fehlt, seinen Überzeugungen nach zu handeln. Und genau dieses Gefühl der Überzeugung will die SPE wieder in die europäische Politik einführen.

Die politische »Mitte« ist ein sich ständig verschiebendes Konzept und ist permanent offen für Neubestimmungen. Die Sozialdemokraten müssen jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, diese Definition zu steuern. Wenn wir versuchen, vorgefassten Ideen von der »politischen Mitte« hinterher zu jagen, finden wir uns lediglich auf einem Förderband wieder, das immer weiter nach rechts abdriftet.

Die Rechten in Europa haben sich im letzten Jahrzehnt in vielerlei Hinsicht verändert. Sie haben sich zwischen traditionellen pro-europäischen Parteien und euroskeptischen und nationalistischen Parteien gespalten. Sie benutzen Europa als Sündenbock und ignorieren die Konsequenzen einer isolationistischen Rhetorik. Viele dieser Parteien verkleiden eine solche negative Politik mit sozialdemokratischer Sprache. Das Anpreisen von Frauenrechten, des Wohlfahrtsstaates und Forderungen nach einer Reform der Finanzmärkte werden zu Lippenbekenntnissen, wenn sie nicht mit langfristigen politischen Maßnahmen einhergehen.

Gleichzeitig bedienen sich viele Parteien des rechten Flügels einer gegen Immigranten und Minderheiten gerichteten fremdenfeindlichen Rhetorik, um in der Wählergunst weiter zu steigen. Hier werden mit hetzerischer Identitätspolitik die Unsicherheiten und Ängste der Menschen ausgenutzt.

In unserer Zusammenarbeit mit anderen demokratischen politischen Parteien müssen wir uns von unseren Grundsätzen der Gleichheit, Gerechtigkeit und der Achtung für kulturelle, sprachliche, ethnische oder nationale Minderheiten leiten lassen und sowohl im eigenen Land als auch im Ausland dieselben Standards anwenden. Nur durch diesen auf Überzeugung beruhenden Ansatz werden wir eine für die Wähler glaubwürdige Plattform aufbauen. Wir müssen bereit sein, unsere Stimme gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Intoleranz zu erheben, und dürfen diese nicht durch unser Schweigen legitimieren. Wir können es nicht der politischen Rechten überlassen, zu definieren, was hinnehmbar ist, insbesondere dann nicht, wenn sie auf Taktiken zurückgreift, mit denen die Ängste schwächerer Menschen ausgenutzt werden. Die Versicherung, dass diese Ängste unbegründet seien, reicht allein nicht aus. Wir müssen eine solide Grundlage politischer Maßnahmen schaffen, die veranschaulicht, wie eine vielfältige Kultur und Identität das Leben aller Bürger bereichern kann.

4. Europa könnte so viel besser sein – Koordination statt Isolation

In einer der größten Debatten der »Nachkrisenzeit« steht die Frage nach dem Grad der wirtschaftlichen Regulierung im Mittelpunkt. Einfach ausgedrückt scheint es eine Spaltung zu geben zwischen denen, die eine länderübergreifende Koordination bei der Regulierung anstreben, und denen, die es lediglich den starken Mitgliedsländern ermöglichen wollen, die schwachen zu bestrafen. Hinter dieser Debatte über die wirtschaftliche Steuerung versteckt sich geschickt eine weitergehende europäische Diskussion – nämlich die Frage, ob wir eine echte Koordination durch die Europäische Union als einer einzigen Einheit haben sollten oder lediglich eine Reihe gesteuerter Schritte, die von den einzelnen Nationalstaaten im Alleingang unternommen werden.

Die Sozialdemokratische Partei Europas wünscht sich eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedsparteien in europäischen Fragen. Wir müssen die gemeinsame Arbeit mit und zwischen den Mitgliedsparteien, die an der Regierung sind, und denen in der Opposition vertiefen, sowie die zwischen unseren Mitgliedsorganisationen und allen relevanten Interessensvertretern.

Die SPE sollte für Mitgliedsparteien und Organisationen nicht nur eine Diskussionsplattform über die Europapolitik sein, sondern auch ein Ort, an dem die Mitglieds-

parteien sich treffen, um politische Visionen, Strategien und Maßnahmen für Sozialisten, Sozialdemokraten und andere progressive Kräfte in ganz Europa zu formulieren. Wir werden vor allem die Kooperation zwischen den Mitgliedern der SPE, die Entscheidungsträger in EU-Institutionen und die in ihren jeweiligen Ländern an der Regierung sind, insbesondere wenn sie die EU-Ratspräsidentschaft innehaben, unseren EU-Kommissaren, unseren Abgeordneten im Europaparlament und unseren Vertretern im Ausschuss der Regionen weiter ausbauen.

Diese Art der Koordination wird nicht nur dazu führen, dass die SPE als eine wirklich europäische Partei angesehen wird, sondern auch dazu beitragen, ein engmaschiges Netzwerk an Stimmen von der lokalen Ebene aufwärts zu entwickeln. Dadurch können wir uns bei der Vorbereitung auf die Wahlen von 2014 mit den Aktivisten an der Basis austauschen und von ihnen lernen.

Zudem wird dies maßgeblich zu einer Neubelebung der Zusammenarbeit mit Interessensvertretern wie unseren Partnern in der Gewerkschaftsbewegung und in allen Sphären der Zivilgesellschaft beitragen, und zwar auf einer regelmäßigen und koordinierten Basis.

5. Für ein wieder funktionierendes Europa sorgen

Einer der schockierendsten Aspekte der gegenwärtigen Krise ist, wie schnell die Schuld für die Finanzkrise von der *Realität* der schlechten Banken und Investitionsgesellschaften auf den *Mythos* staatlicher Haushaltsüberschreitungen übertragen wurde. Dabei wird die einfache Tatsache übersehen, dass die Situation ohne die staatlichen Rettungspakete unermesslich schlechter wäre. Wie schnell doch die »Markt-über-alles«-Befürworter, die jetzt nach drastischen Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben schreien, dies offensichtlich vergessen haben. Stattdessen halten die Staatshaushalte nicht nur die Rechnung für die Krise in der Hand, sondern sind auch noch an ihr Schuld. Seitdem lastet ein beispielloser Druck auf den öffentlichen Haushalten und damit auch auf dem Europäischen Sozialmodell.

Unglücklicherweise sind die Stimmen derer, die unter den Sparmaßnahmen am meisten zu verlieren haben, die leisesten. Die Benachteiligten und gesellschaftlich Ausgegrenzten sind die unfreiwilligen Gläubiger der



sogenannten Finanztitanen. Diese Situation ist inakzeptabel.

Aus diesem Grund fordert die Sozialdemokratische Partei Europas eine politische Grundlage zur Stärkung des Europäischen Sozialmodells. Wir müssen sicherstellen, dass der kleine Mann nicht das langfristige Opfer der Verschwendung und Unfähigkeit im Finanzsektor wird. Was Europa braucht ist kurz gesagt ein Pakt für Beschäftigung und sozialen Fortschritt.

Oberste Priorität hat die schnellstmögliche Schaffung neuer Arbeitsplätze. Trotz der Krise können in neuen Sektoren wie Umwelttechnologie und im Gesundheitswesen Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen werden, wenn die europäische Wirtschaft mit Unterstützung durch eine aktive Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik umstrukturiert wird. Dazu ist es erforderlich, sowohl öffentliche als auch private Investitionen in arbeitsintensive Sektoren umzuleiten, wobei europäische und nationale Programme zur Arbeitsplatzschaffung genutzt werden. Gleichzeitig müssen wir unsere Arbeiter für die Jobs der Zukunft fortbilden. Europa sollte nie versuchen, mit den Schwellenländern auf der Grundlage niedriger Arbeitskosten in Wettbewerb zu treten. Die europäische Wettbewerbsfähigkeit sollte stattdessen auf dem hohen Niveau der Fähigkeiten, Effizienz, Produktivität und Innovationsfähigkeit in einer von Wissen angetriebenen Wirtschaft beruhen.

Zur Vermeidung einer Massenarbeitslosigkeit ist es von zentraler Bedeutung, dass die Regierungen zum Erhalt zukunftsfähiger Arbeitsplätze schnelle und effektive Maßnahmen ergreifen. Arbeitgeber sollten ermutigt werden, von Entlassungen abzusehen. Außerdem muss eine aktive Arbeitsmarktpolitik verstärkt werden, um sowohl kürzlich entlassene Arbeitnehmer als auch Langzeitarbeitslose schnell wieder bzw. endlich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

6. Gleichstellung der Geschlechter

Es sollte klar sein, dass Ungleichheiten in der Art und Weise, in der Männer und Frauen in einer Gesellschaft behandelt werden, sich nach wie vor sehr negativ auf die Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Demokratie auswirken. Frauen verdienen immer noch durchschnittlich 17,4 Prozent weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Sie sind viel häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen oder aufgrund des Fehlens annehmbarer Arbeitsplätze unmotiviert, sich überhaupt auf den Arbeits-

markt zu begeben, bzw. arbeiten sehr viel häufiger auf schlechter bezahlten, geringer qualifizierten oder Teilzeitstellen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und insbesondere die damit einhergehenden schlecht durchdachten Sparmaßnahmen haben schwerwiegende Auswirkungen auf Frauen im öffentlichen Sektor, die dort 68 Prozent der Beschäftigten stellen.

Die SPE und ihre Mitgliedsparteien haben aufgezeigt, dass jene europäischen Länder, die das meiste dafür getan haben, die Rechte und Chancen der Frauen zu erhöhen, zu den führenden nachhaltigen Gesellschaften Europas mit dem höchsten Frauenanteil bei den Erwerbstätigen *und* den höchsten Geburtsraten gehören.

Wir sind daher der Überzeugung, dass Geschlechterfragen in alle politischen Maßnahmen und Instrumente der EU eingebunden werden sollten, auch in die nationalen und europäischen Konjunkturprogramme. Die EU sollte schnellstens eine Europäische Charta für Frauenrechte verabschieden, um die Rechte und Chancen der Frauen zu verbessern und Mechanismen zu fördern, mit denen eine Gleichstellung der Geschlechter in allen Aspekten des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens zu erreichen ist.

Im Gegensatz zu ihren politischen Gegnern erkennt die SPE, dass echte Fortschritte in Bezug auf eine Gleichstellung der Geschlechter ausschließlich durch eine vernünftige Kombination staatlicher politischer Maßnahmen umzusetzen sind. Beispielsweise würde sich eine Verbesserung der Regelungen zu bezahlter und geteilter Elternzeit sowie verbesserte Vorschuleinrichtungen für Kinder günstig auf die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsleistung auswirken, zur Armutsbekämpfung – und damit auch zur Entlastung des Wohlfahrtsstaats – beitragen und nicht zuletzt die Chancen im Leben von Kindern erhöhen.

7. Grünes Wachstum

Als europäische Sozialisten, Sozialdemokraten und Progressive werden wir weiterhin den Kampf gegen die globale Erwärmung anführen. Wir werden daran arbeiten, unsere politische Familie als führende Kraft einer progressiven und ehrgeizigen Klimapolitik auf europäischer und internationaler Ebene zu positionieren.

Die SPE ist der Meinung, dass eine 30-prozentige Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2020 und

eine 80- bis 95-prozentige Senkung bis 2050 die Mindestziele sein sollten, mit verbindlichen Zwischenzielen. Auch zur Reduzierung von Emissionen im Bereich des Flugverkehrs, der Schifffahrt und der Landwirtschaft sind weltweit verbindliche Ziele vonnöten. Schwache Entwicklungsländer sollten mit Kapazitätsaufbau, Wissenstransfer und Finanzhilfen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt werden. Es müssen Mechanismen und Finanzierungsinstrumente eingerichtet werden, darunter ein globales Emissionshandelssystem für Kohlendioxid und ein adäquat ausgestatteter globaler Klimafonds für Maßnahmen zur Schadensminderung und Anpassung in allen Entwicklungsländern. Finanzhilfen für die Anpassung an den Klimawandel sollten zusätzlich zu den Mitteln im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gewährt werden. Um die benötigten Investitionen tätigen zu können, müssen innovative Finanzierungsinstrumente erdacht werden.

Der Kampf gegen den Klimawandel mit Maßnahmen wie der drastischen Erhöhung der Energieeffizienz und der Förderung erneuerbarer Energien dient auch der europäischen Energiesicherheit, weil dadurch die Abhängigkeit Europas von externen Energieressourcen reduziert wird. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Ausweitung grenzübergreifender Netzwerke ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche neue europäische Energie- und Klimapolitik. Unserer Ansicht nach sollten die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Ausgabe einer gesonderten grünen Staatsanleihe auf nationaler oder auch europäischer Ebene in Betracht ziehen. Die SPE befürwortet das Prinzip einer sozial gerechten Umweltsteuer, die den notwendigen und tiefgreifenden Wandel in unseren Lebens- und Fortbewegungsmustern herbeiführen würde.

8. Die europäische Sozialdemokratie in einer globalisierten Welt

Die europäischen Wohlfahrtsstaaten haben wesentlich dazu beigetragen, die Menschen vor den schlimmsten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu schützen. Aber jetzt stehen sie vor noch größeren Belastungen, die sich aus einer Massenarbeitslosigkeit und einer alternden Bevölkerung ergeben, und das bei immer knapper werdenden Finanzressourcen. Die Gefahr permanenter gesellschaftlicher Spaltungen und Ungleichheiten ist aufgrund der Krise gestiegen. Die konservative Antwort des »nur Sparens« scheint diese Situation zu verschärfen.

Die SPE nimmt diesen Versuch der Unterminierung des Wohlfahrtsstaates nicht hin, sondern fordert bedarfsorientierte Sozialleistungen, damit den Rentnern, Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen in allen europäischen Ländern ein Leben in Würde gesichert ist. Wir schlagen vor, dass in jedes einzelne europäische Gesetz eine soziale Fortschrittsklausel mit aufgenommen wird und dass bei der Ausarbeitung der europäischen Gesetzgebung auch eine Einschätzung über ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt erfolgt. Wir schlagen einen Europäischen Pakt zu Löhnen vor, mit dem gleicher Lohn für gleiche Arbeit garantiert und die Notwendigkeit vernünftiger Mindestlöhne in allen EU-Staaten festgelegt wird, welche entweder gesetzlich oder durch Tarifverträge geregelt werden und sowohl für die Staatsbürger des jeweiligen Landes als auch für Wanderarbeiter gelten.

Als wesentliches Element eines sozialeren Europas und als Voraussetzung für menschenwürdiges Arbeiten ist die Mitbestimmung am Arbeitsplatz auf europäischer und globaler Ebene ein Schlüsselthema der Zukunft. Die EU sollte die Vorrangstellung von Arbeitnehmergesetzen – einschließlich Tarifvereinbarungen und Arbeiterrechten wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit – vor anderen Gesetzen des europäischen Binnenmarktes garantieren.

Das europaweite Programm »Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen« muss mit umfangreichen Umschulungsmaßnahmen für neue Arbeitsplätze einhergehen. Es sollten Programme eingeführt werden, die Arbeitgeber von Stellenstreichungen abhalten, wie etwa solche, die eine intelligente Kombination von Arbeitszeit und Schulungsmaßnahmen vorsehen.

Ebenso wesentlich ist, dass europäische Unternehmens- und Wettbewerbsregeln nicht unseren Möglichkeiten entgegenwirken, öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen. Deshalb halten wir einen gesetzlichen Rahmen auf europäischer Ebene zu leistungsfähigen öffentlichen Dienstleistungen für unerlässlich. Diese Gesetzgebung muss einen universellen und gleichberechtigten Zugang aller Bürger zu den Dienstleistungen sowie die Qualität, lokale Autonomie, von den sprachlichen Kompetenzen ihrer Nutzer unabhängige Transparenz der Dienstleistungen und die Wahrung ihrer auf nationaler Ebene definierten Integrität garantieren, sodass die europäischen Wettbewerbs- und Unternehmensgesetze nicht im Widerspruch zu den Bürgerrechten stehen.

9. Konsolidierung der Finanzen

Uns allen ist nur allzu bewusst, dass die EU im September 2008 von der schlimmsten Wirtschaftskrise der Geschichte heimgesucht wurde. Ohne eine grundlegende Reform der Finanzmärkte kann es keinen nachhaltigen Aufschwung und kein neues Wachstumsmodell geben. Das grundlegende Ziel einer solchen Reform sollte die Verhinderung zukünftiger Finanzkrisen sein. Eine solide Regulierung und Aufsicht muss zwei Ziele haben: dass die Finanzmärkte der Realwirtschaft dienen und dass die Finanzstabilität sichergestellt ist. Die Banken müssen sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren, nämlich den Menschen und den Unternehmen zu dienen. Das Schattenbanksystem muss nach denselben Grundsätzen und Regulierungssystemen arbeiten.

Daher ist die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) der Ansicht, dass es nicht an den Bürgern hängen bleiben kann, für das rücksichtslose Verhalten der Finanzakteure zu bezahlen. Wir können nicht hinnehmen, dass sieben Millionen Bürger aufgrund von Finanzspekulanten ihren Arbeitsplatz verlieren. Diejenigen, die diese Krise auslösten, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Genau aus diesem Grund fordern wir eine Finanztransaktionssteuer.¹ Eine Steuer in Höhe von 0,05 Prozent auf jede spekulative Finanztransaktion in Europa würde jährlich bis zu 200 Mrd. Euro einbringen, die dazu verwendet werden könnten, die Auswirkungen der aktuellen Krise zu lindern und zukünftige Krisen zu verhindern.

Die Konservativen und Liberalen haben erst im letzten Jahr begonnen, über eine Regulierung der Finanzmärkte zu sprechen. Ihre Vorschläge sind aber nur Stückwerk; ihr Engagement für eine grundlegende Reform ist nicht überzeugend. Wir müssen mit Entschiedenheit vorgehen, um den Widerstand gegen eine Regulierung zu überwinden.

¹ Zu näheren Informationen siehe <http://www.pes.org/en/financial-transaction-tax/pes-european-day-of-action>

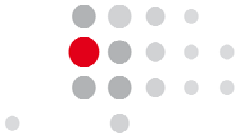
10. Die Plattform einrichten und Ideen wachsen lassen

Um die sozialdemokratische Idee ist es in Europa sehr gut bestellt. Nur ist sie in vielen Fällen ihrem eigenen Erfolg zum Opfer gefallen, denn ihre Hauptbestandteile wie Gerechtigkeit, hochwertige öffentliche Dienstleistungen, Gleichstellung und Gleichberechtigung sowie die Steuerprogression sind jetzt universell akzeptiert. Es ist jedoch ein ständiger Kampf, diese bleibenden Werte einer sich stetig wandelnden Gesellschaft anzupassen.

Die sozialdemokratische »Plattform der Ideen« gründet auf folgenden Elementen:

- dem Engagement unserer Aktivisten und damit auch der Wählerschaft,
- Spitzenpolitikern, die bereit sind, ihre Werte mit Nachdruck zu vertreten, indem sie sie vorleben,
- einem neuen Ansatz politischer Courage zur Festlegung politischer Grundsätze und
- die Koordination von Bemühungen auf dem gesamten Kontinent, um aus der SPE eine echt europäische Partei zu machen.

Die sozialdemokratischen Werte und Ideale basieren heute und in Zukunft auf der Schaffung guter Arbeitsplätze, der Anpassung an Umwelterfordernisse, einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter, der Achtung des Wohlfahrtsstaates und der Verpflichtung zu einer grundlegenden Reform des Finanzsektors, so dass er für die Realwirtschaft von Nutzen ist.



Über den Autor

Poul Nyrup Rasmussen ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Von 1993 bis 2001 war er Ministerpräsident Dänemarks.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
<http://www.fes.de/ipa>

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de